

György Szabó*

Der OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan

Als Usbekistan 1991 die Unabhängigkeit erlangte, hatte das Land die Gelegenheit, seine Zukunft selbst zu gestalten. Es verpflichtete sich, einen Staat und eine Gesellschaft zu errichten, die die Prinzipien der OSZE achten. Seitdem unterstützt die OSZE-Feldpräsenz in Usbekistan die Bemühungen der Regierung.

Es hat sich viel verändert, seit die OSZE 1995 in Taschkent ihr Verbindungsbüro in Zentralasien eröffnet hat. Aus dem Büro wurde später ein OSZE-Zentrum, das wiederum vom Projekt Koordinator in Usbekistan abgelöst wurde. Im vorliegenden Beitrag sollen der Kontext, in dem der Projekt Koordinator arbeitet, dargestellt, das Mandat des Projekt Koordinators und dessen jüngste Erfolge analysiert sowie die Aussichten für die zukünftige Zusammenarbeit aufgezeigt werden.

Der Projekt Koordinator in Usbekistan: Mandat und Aktivitäten

Am 16. März 1995 richtete die OSZE mit Beschluss Nr. 28 des Ständigen Rates in Taschkent ihre erste Feldpräsenz in Zentralasien ein. Fünf Jahre später, nachdem andere zentralasiatische Staaten nach und nach ihre eigene Feldmission bekommen hatten, wurde aus dem Verbindungsbüro in Zentralasien das OSZE-Zentrum in Taschkent. Laut seinem Mandat sollte es „die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen“ fördern sowie Aufgaben wahrnehmen, „die dem Amtierenden Vorsitzende oder anderen OSZE-Institutionen zweckmäßig erscheinen und zwischen der Republik Usbekistan und der OSZE vereinbart werden“.¹

Im Jahr 2006 wurde das Mandat durch Beschluss Nr. 734 des Ständigen Rates erheblich überarbeitet, was zur Einrichtung einer für die OSZE neuen Form der Feldpräsenz führte: dem OSZE-Projekt Koordinator in Usbekistan. Die neue Feldoperation sollte mit der usbekischen Regierung vereinbarte Maßnahmen durchführen, die dazu dienten, Letzterer bei der Umsetzung von OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität Hilfestellung zu leisten und ihre Bemühungen um

* Die im vorliegenden Beitrag vertretenen Auffassungen sind diejenigen des Autors.

1 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 397, OSZE Zentrum in Taschkent, PC.DEC/397, 14. Dezember 2000, S. 1 und 2, unter: <http://www.osce.org/pc/12636>.

die sozioökonomische Weiterentwicklung und den Umweltschutz zu unterstützen.²

Die projektbezogenen Aktivitäten des Projektkoordinators werden gemeinsam mit Akteuren vor Ort entwickelt und mit der Regierung einmal im Jahr abgestimmt. Jede über den ursprünglich vereinbarten Zeitraum hinausgehende Verlängerung von Projektaktivitäten erfordert eine neue Vereinbarung. Die Nutznießer der Projekte und andere nationale Akteure werden systematisch in sämtliche Schritte der Projektentwicklung und -durchführung einbezogen, was bei den nationalen Partnern zu einem stärkeren Gefühl der Mitverantwortlichkeit führt. Diese Form der Zusammenarbeit gewährleistet, dass der politische Wille vorhanden ist, die bestehenden Probleme zu lösen. Dem Projektkoordinator wird es dadurch ermöglicht, die Zeit seines Mitarbeiterstabs und die finanziellen Ressourcen wirksamer einzusetzen, was sich wiederum positiv auf den Kapazitätsaufbau auswirkt. Nachfolgend werden mehrere Projekte aus allen drei Dimensionen der OSZE vorgestellt, anhand derer gezeigt werden soll, wie der Prozess in der Praxis abläuft und wie sich die Projekte auf die Verbesserung von Sicherheit und Stabilität auswirken.

Politisch-militärische Aktivitäten

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Eine aktive, unabhängige und vielfältige Zivilgesellschaft, die zur Weiterentwicklung eines Landes beiträgt, indem sie die Politik des Staates ergänzt und eine öffentliche Aufsichtsfunktion übernimmt, ist für ein demokratisches rechtsstaatliches System unverzichtbar. Im Bewusstsein dieser Notwendigkeit leitete Usbekistan 2010 einen Reformprozess unter dem Motto „von einem starken Staat zu einer starken Zivilgesellschaft“ ein. Die zivilgesellschaftliche Entwicklung sollte gefördert werden, indem zivilgesellschaftliche Organisationen finanzielle Unterstützung und Rechtsgarantien erhielten, dank derer sie ihre Rolle in vollem Umfang erfüllen könnten.

In enger Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Institut zum Monitoring der Gestaltung der Zivilgesellschaft (NIMFOGO) bemüht sich der Projektkoordinator in Usbekistan darum, die Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien und nichtstaatlicher Organisationen (NGOs), in die Lage zu versetzen, ihre Aufsichtsfunktion durch die Verbesserung ihrer professionellen Fähigkeiten, juristischen Kenntnisse und politischen Kultur wahrzunehmen.

Der Projektkoordinator hat im ganzen Land Fortbildungsveranstaltungen und Seminare organisiert, bei denen Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus verschiedensten Bereichen zusammenkamen, denen mit Hilfe inno-

2 Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 734, OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan, PC.DEC/734, 30. Juni 2006, unter: <http://www.osce.org/pc/19717>.

vativer Ansätze Wissen und Fähigkeiten vermittelt wurden. Die Veranstaltungen haben die Kenntnisse der Teilnehmer über die nationale Gesetzgebung verbessert und ihnen die Möglichkeit geben, eigene Projekte ins Leben zu rufen und vom Entwurf bis zum Abschluss zu leiten. Der Projektkoordinator hat außerdem fachliche Unterstützung geleistet, wie etwa die Verbreitung von OSZE-Publikationen über Menschenrechte, Wahlen, Fragen der Geschlechtergleichstellung, bürgernahe Polizeiarbeit und Menschenhandel. Ferner wurden dem NIMFOGO-Ausbildungszentrum für NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen Computer zur Verfügung gestellt.

Die Unterstützung des Projektkoordinators für die Zivilgesellschaft erstreckt sich auf alle drei Dimensionen der OSZE und bezieht zivilgesellschaftliche Organisationen in die Suche nach umfassenden Lösungen für spezifische Themen ein. Organisationen wie dem usbekischen Bauernverband, dem usbekischen Unternehmerinnenverband, der NGO *Istiqbolli Avlod* (Zukünftige Generation), die Opfer von Menschenhandel unterstützt, und anderen wurde die Möglichkeit gegeben, einen Beitrag zu den Anstrengungen der Regierungen und dem Reformprozess zu leisten. Dies verbesserte wiederum ihre operativen Kapazitäten und ermöglichte es ihnen, die wichtige Rolle zu verdeutlichen, die die Zivilgesellschaft bei der Lösung verschiedener Probleme spielen kann.

Biometrische Reisepässe

Unsichere Reisedokumente sind seit Langem ein Risikofaktor im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Kriminalität und eine Bedrohung für die Sicherheit der internationalen zivilen Luftfahrt. In den letzten Jahren haben viele Länder biometrische Reisepässe eingeführt, die mit einem elektronischen Chip ausgestattet sind, der die biometrischen Daten des Besitzers enthält. Die neuen Dokumente bieten einen besseren Schutz vor Fälschungen und ermöglichen eine genauere Identifizierung an Grenzübergängen.

Usbekistan begann 2009 mit der Umstellung auf biometrische Pässe. In Usbekistan dienen Reisepässe sowohl als Reise- als auch als Ausweisdokumente. Das bedeutete, dass an jeden erwachsenen Bürger des 30-Millionen-Einwohner-Landes ein neuer Pass ausgegeben werden musste, und dies innerhalb kurzer Zeit, um eine reibungslose Umstellung zu gewährleisten.

Da der Projektkoordinator schon seit 2003 mit den Behörden beim Thema sichere Reisedokumente zusammengearbeitet hatte und die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden stets gut war, war er bestens darauf vorbereitet, den Prozess zu unterstützen. So konnte er Gespräche zwischen allen Beteiligten und den Austausch internationaler bewährter Praktiken ermöglichen.

Der Projektkoordinator veranstaltete einen Workshop, bei dem die zuständigen Beamten mit den für die Einführung des neuen Systems erforderlichen Maßnahmen vertraut gemacht wurden. Er arrangierte außerdem den Besuch

von Experten der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (*International Civil Aviation Organization*, ICAO), die eine erste Bewertung der vorhandenen örtlichen Infrastruktur vornehmen sollten, und ermöglichte mehreren Delegationen usbekischer Entscheidungsträger und Techniker Studienreisen, auf denen sie in den USA und im Vereinigten Königreich bewährte Praktiken beobachten konnten. Im Jahr 2011 beschloss die Behörde, mit der kompletten Umstellung fortzufahren, und richtete 215 Sammelstellen für biometrische Daten und Reisepassanträge ein. Der Projektkoordinator beteiligte sich mit Sachleistungen, indem er 32 Sets mit Computern, Druckern, Faxgeräten und Dieselgeneratoren für die Sammelstellen an abgelegenen Orten zur Verfügung stellte. Bis Anfang 2014 wurden 250.000 biometrische Pässe ausgestellt.

Damit Usbekistan möglichst umfassend von dem System profitiert, hat der Projektkoordinator es darüber hinaus dazu ermutigt, sich am *Public Key Directory* (PKD) zu beteiligen, einer Datenbank der ICAO, die Angaben über die Gültigkeit biometrischer Pässe, die von den Teilnehmerstaaten ausgestellt worden sind, zentral erfasst. Zwei Studienreisen zum Hauptsitz der ICAO in Montreal und zu den Büros von Netrust, einer mit der Pflege des PKD beauftragten Firma in Singapur, wurden ebenfalls organisiert. Usbekistan wurde 2014 der 43. Staat, der am PKD teilnimmt.

Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich

Die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Internationalen Schätzungen zufolge werden weltweit jedes Jahr zwischen 800 Milliarden und zwei Billionen US-Dollar aus kriminellen Geschäften gewaschen. Die Geldwäsche ermöglicht es Kriminellen, aus ihren Verbrechen Profit zu schlagen. Für Staaten bedeutet sie enorme finanzielle Verluste. Und sie kann terroristische Handlungen erleichtern. Die usbekische Regierung hat die beträchtlichen negativen Auswirkungen der Geldwäsche auf Staaten erkannt und Geldwäsche sowie die Terrorismusfinanzierung im Jahr 2011 verboten. Seitdem hat sie Schritt für Schritt Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohung ergriffen.

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sind transnational, da die Geldwäscher häufig systemische Schwächen einer miteinander vernetzten Welt ausnutzen, um ihren Aktivitäten unbemerkt nachzugehen. Internationale Zusammenarbeit ist daher im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unerlässlich. Es ist naheliegend, dass die OSZE, die stets bestrebt ist die Zusammenarbeit zwischen ihren Teilnehmerstaaten zu fördern, eine wichtige Rolle dabei spielen kann, Usbekistan bei der sinnvollen Zusammenarbeit mit dem wichtigsten Organ dieser internationalen Bemühungen zu unterstüt-

zen: der Arbeitsgruppe Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche (*Financial Action Task Force*, FATF).

Die FATF ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, die 1989 gegründet wurde und das Mandat erhielt, Geldwäsche zu bekämpfen. Sie hat 40 Empfehlungen und später neun Sonderempfehlungen entwickelt, die als weltweiter Standard bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gelten. Um die Zusammenarbeit zwischen der usbekischen Regierung und der FATF zu erleichtern, hat der Projektkoordinator die Teilnahme mehrerer usbekischer Delegationen an FATF-Treffen gefördert. Er hat außerdem Seminare veranstaltet, in denen die neuesten Änderungen an den Empfehlungen der FATF diskutiert wurden, sowie Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau organisiert, in denen *Compliance*-Beauftragte der Banken, Vertreter von bestimmten Nicht-Finanz-Unternehmen und -Berufsgruppen (*Designated Non-financial Businesses and Professions*, DNFBP) und nicht dem Bankensektor angehörenden Finanzinstituten über die neuesten Änderungen und ihre praktischen Auswirkungen informiert wurden.

Im Laufe der Jahre ist die nationale Risikobewertung (*National Risk Assessment*) zur Standardmethode im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geworden. Sie besteht in der Analyse der Wahrscheinlichkeit und der potenziellen Auswirkungen aller Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung in einem bestimmten Land. Dies soll bei der Entscheidung helfen, wie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung kosteneffektiv und auf die speziellen Bedürfnisse des Landes zugeschnitten bekämpft werden können.

Die usbekische Regierung hat vor Kurzem entschieden, eine eigene nationale Risikobewertung durchzuführen. Der Projektkoordinator sorgte für fachkundige Beratung, um den Behörden bei der Erarbeitung der erforderlichen Methoden Hilfestellung zu leisten. Mit Unterstützung des Projektkoordinators wurde ein Fahrplan erstellt, in dem die einzelnen Schritte bei der Durchführung der nationalen Risikobewertung, der erwartete Beitrag aller relevanten Akteure und der für das Land erforderliche Kapazitätsaufbau für eine effektive Implementierung detailliert aufgeführt sind. Um den privaten Sektor in den Prozess einzubinden, hat der Projektkoordinator auch einen von internationalen Experten moderierten Dialog ermöglicht, der Vertretern des usbekischen Finanzsektors und relevanter Nichtfinanzsektoren die Gelegenheit bot, sich mit der nationalen Risikobewertung vertraut zu machen und ihre eigene Rolle innerhalb des Prozesses besser zu verstehen. Außerdem hat der Projektkoordinator die usbekische *Financial Intelligence Unit* (FIU) dabei unterstützt, im Juli 2011 Mitglied der *Egmont Group of Financial Intelligence Units* zu werden. Diese war 1995 im Egmont-Arenberg-Palast in Brüssel mit dem Ziel gegründet worden, die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung voranzutreiben. Das informelle Netzwerk besteht mittlerweile aus 132 Mitgliedern.

Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen

Männer und Frauen sind vor dem usbekischen Gesetz gleichgestellt, und jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist streng verboten. Dennoch gibt es immer noch nicht genügend Unternehmerinnen. Dies wurde auf einen Mangel an wirtschaftlicher Ausbildung, kulturelle Faktoren, Selbstzensur und die Tatsache zurückgeführt, dass Frauen zumeist in nichtgewerblichen Bereichen angestellt sind, wie etwa in Schulen und Universitäten oder im Gesundheitswesen.

Gemeinsam mit dem usbekischen Unternehmerinnenverband, der die Zahl der im privaten Sektor arbeitenden Frauen erhöhen will, und dem usbekischen Frauenkomitee förderte der Projektkoordinator durch die landesweite Veranstaltung von Fortbildungsseminaren den Ausbau der beruflichen und unternehmerischen Fähigkeiten von Frauen sowie ihre Fertigkeiten zur Bildung von Netzwerken.

Bei diesen Veranstaltungen konnten Unternehmerinnen und Hochschulabsolventinnen ihre beruflichen und unternehmerischen Fähigkeiten weiterentwickeln. Die Veranstaltungen waren für die Teilnehmerinnen auch eine willkommene Erinnerung daran, dass sie nicht allein sind. Sie boten ihnen die Gelegenheit, professionelle Netzwerke aufzubauen oder zu verstärken, indem sie andere Unternehmerinnen und örtliche Beamtinnen kennenlernten. Der Projektkoordinator unterstützte auch die Initiativen des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE zur Förderung der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen in Zentralasien und zur Entwicklung regionaler professioneller Netzwerke.

2015 wird der Projektkoordinator sich verstärkt auf die Unterstützung einer der schutzbedürftigsten Gruppen des Landes – arbeitslose Frauen in ländlichen Gebieten – konzentrieren, mit dem Ziel, deren berufliche Qualifikation zu verbessern. In allen Regionen des Landes werden Schulungen veranstaltet, in denen den Teilnehmerinnen die in der jeweiligen Region am dringendsten benötigten Fähigkeiten vermittelt werden und in denen sie erfahren, wie sie ihr eigenes Unternehmen vor Ort gründen können.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung für die Institution der Ombudsperson

Usbekistan hat sich verpflichtet, die Einrichtung „unabhängiger nationaler Institutionen für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu erleichtern“.³ Die Institution der Ombudsperson verdient dabei besondere Aufmerksamkeit.

3 Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE, Kopenhagen, 29. Juni 1990, S. 21, unter: <http://www.osce.org/de/odihr/elections/14304>.

Ihre Aufgabe besteht darin, Petitionen von Bürgern entgegenzunehmen, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und deren Muster zu erkennen. Dies ist unverzichtbar, um bestehende Praktiken zu thematisieren und Lücken in der Gesetzgebung aufzuzeigen, die den Schutz der Menschenrechte möglicherweise behindern.

Die Ombudsperson ist die „autorisierte Person des Oliy Majlis [des Parlaments, G.S.] der Republik Usbekistan für Menschenrechte“⁴ und übt in diesem Bereich die parlamentarische Aufsicht über staatliche Stellen und Beamte sowie über private Einrichtungen und Individuen aus. Die Ombudsperson spielt auch bei der Ausarbeitung und Implementierung von Menschenrechtsgesetzen in Usbekistan eine entscheidende Rolle und ist befugt, Vorschläge zur Verbesserung der Gesetzgebung vorzulegen, die Ratifizierung internationaler Menschenrechtskonventionen vorzuschlagen und Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit Menschenrechtsprinzipien hin zu prüfen.

Um einen aufgeklärten nationalen Dialog über die gegenwärtige und zukünftige Rolle der Ombudsperson in der Gesellschaft und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen zu fördern, hat der Projektkoordinator nationale Runde Tische eingerichtet, an denen Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, staatlicher Strukturen und der Medien teilnehmen. Er hat außerdem mehrere Studienreisen für Entscheidungsträger aus dem Büro der Ombudsperson finanziert, damit sie von den unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitutionen in anderen Ländern des OSZE-Gebiets aus erster Hand bewährte Praktiken kennen lernen können.

Um die Mitarbeiter des Büros der Ombudsperson in die Lage zu versetzen, das Mandat der Institution in vollem Umfang auszuüben, hat der Projektkoordinator Fortbildungsveranstaltungen für die regionalen Vertreter der Ombudsperson organisiert, auf denen sie sich mit internationalen Normen und der nationalen Gesetzgebung zu Themen, die für die Menschenrechte von Belang sind, wie z.B. Menschenhandel, vertraut machen konnten.

Damit die Institution der Ombudsperson ihrer Aufgabe in vollem Umfang nachkommen kann, ist es unverzichtbar, dass ihre Aktivitäten transparent sind und sie von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Der Projektkoordinator in Usbekistan hat daher die Veröffentlichung des jährlichen Berichts der Ombudsperson auf Usbekisch, Russisch und Englisch unterstützt, sodass sich Bürger, Beamte und internationale Partner über die Aktivitäten der Institution informieren können. Der Projektkoordinator unterstützt auch die Einführung einer Online-Plattform, die es Bürgern ermöglicht, Beschwerden elektronisch einzureichen. Mithilfe entsprechenden Fachwissens und technischer Unterstützung, die der Projektkoordinator organisiert hatte, konnte die Institution der Ombudsperson ihren internen Mechanismus zur Bearbeitung

4 Law of the Republic of Uzbekistan on the Authorised Person of the Oliy Majlis of the Republic of Uzbekistan for Human Rights (Ombudsman), (new version), Taschkent, 27. August 2004, Nr. 669-II, unter: http://www.theioi.org/downloads/34cni/Europe_Uzbekistan_Authorized%20Person%20for%20Human%20Rights_ombudsman%20Act_en.pdf.

von Beschwerden optimieren, die Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter hinsichtlich der Beobachtung der Menschenrechtslage verbessern, das Verständnis für ihre Aufgabe und ihre Befugnisse bei staatlichen Einrichtungen erhöhen und ihre Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Institutionen verfestigen. Mit all diesen Maßnahmen wurde die Position der Ombudsperson als nationale Menschenrechtsinstitution gestärkt.

Bekämpfung des Menschenhandels

Menschenhandel ist eine Form moderner Sklaverei, die Menschen ihrer Grundrechte und -freiheiten beraubt und oftmals mit Folter und Misshandlungen einhergeht. In den letzten Jahren hat der Projektkoordinator in Usbekistan der usbekischen Regierung und der usbekischen Zivilgesellschaft Hilfestellung im Kampf gegen den Menschenhandel geleistet. So führte das Büro des Projektkoordinators Fortbildungslehrgänge für Beamte der usbekischen interministeriellen Kommission zur Bekämpfung des Menschenhandels durch, bei denen bewährte Praktiken aufgezeigt und die größten Herausforderungen für die OSZE-Region dargestellt wurden, um systematischere und nachhaltigere Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu fördern und die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren, wie z.B. der Polizei, den Gesundheits- und Sozialbehörden und NGOs, zu verbessern. Die Projekte zielten auch darauf ab, Fähigkeiten zur Identifizierung und Unterstützung von Opfern des Menschenhandels in den am meisten gefährdeten Gruppen zu vermitteln. Spezielle Lehrgänge wurden für das diplomatische und konsularische Personal des Außenministeriums, für Polizeibeamte in Bahnhöfen und Flughäfen sowie für Beschäftigte im Gastgewerbe angeboten. Gemeinsam mit dem Ausbildungszentrum für Anwälte, das dem Justizministerium untersteht, entwickelte der Projektkoordinator einen Leitfaden, mit dem der Lehrplan für die Ausbildung von Nachwuchskräften am Arbeitsplatz im Bereich Menschenhandelsbekämpfung formalisiert werden soll. Der Leitfaden liegt mittlerweile auf Russisch und Usbekisch vor und wird für den Unterricht am Ausbildungszentrum verwendet.

Das Büro des Projektkoordinators arbeitete zur Prävention des Menschenhandels auch mit der Föderation der Gewerkschaften Usbekistans und Frauenrechts-NGOs zusammen, um Angehörige von Risikogruppen durch Bildungsmaßnahmen und die Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten zu stärken. In der Region Taschkent wurde ein Pilotprojekt zur Förderung von Kleinbetrieben gestartet, das den Teilnehmerinnen, Frauen aus Risikogruppen, zu dauerhaften Einkünften dank fester Verträge mit der Regierung verhalf.

Dank der Projektarbeit des Projektkoordinators erkannte die usbekische Regierung die OSZE als eine der wichtigsten Organisationen bei der Bekämpfung des Menschenhandels an. Usbekistan ist sehr daran interessiert, gemeinsame Projekte mit dem Projektkoordinator durchzuführen, und beteiligt sich

aktiv an den umfassenden Initiativen der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels. Diese Zusammenarbeit geht weit über die Verbesserung der Ermittlungsarbeit und der Strafverfolgung im Zusammenhang mit Menschenhandelsverbrechen hinaus. So wurden z.B. Anstrengungen unternommen, den Schwerpunkt auf Opferschutz und Opferhilfe, wie z.B. das Recht auf wirksame Rechtsmittel und Entschädigungen, zu legen. Der Projektkoordinator trug wesentlich zu den Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels auf nationaler Ebene bei, indem er die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften und dem privaten Sektor als Ergänzung zum traditionellen strafrechtlichen Ansatz förderte. Der Projektkoordinator war die erste Organisation vor Ort, die sich mit den Auswirkungen neuer Informationstechnologien auf den Menschenhandel auseinandersetzte, wie etwa der Suche nach Opfern im Internet oder den neuen Herausforderungen, die das Internet für die Strafverfolgung im Zusammenhang mit dem Menschenhandel mit sich bringt.

Fazit

Der Projektkoordinator in Usbekistan und die usbekische Regierung sind seit 20 Jahren Weggefährten. Von der Eröffnung der ersten OSZE-Feldpräsenz in Zentralasien in Taschkent bis zum heutigen Tag haben sich die Behörden und die Feldoperation kontinuierlich und konstruktiv auf den unterschiedlichsten Problemfeldern engagiert.

In dieser Zeit hat der Projektkoordinator dauerhafte Beziehungen zu nationalen Institutionen aufgebaut, und diese Zusammenarbeit hat Früchte getragen. Insgesamt trägt Usbekistan zur Sicherheit und Stabilität Zentralasiens und des gesamten OSZE-Raums bei. Die Aktivitäten des Projektkoordinators helfen dabei, auf diesen Erfolgen aufzubauen. Die Feldmission will die OSZE-Verpflichtungen fördern, indem sie zeigt, wie diese dabei helfen, Sicherheit herzustellen und eine wohlhabende Gesellschaft aufzubauen. Der Projektkoordinator ist bereit, seine Flexibilität und Effizienz weiterhin dafür einzusetzen, der Regierung dabei Hilfestellung zu leisten, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen, indem er Erfahrungen, Lehren und bewährte Praktiken der anderen OSZE-Teilnehmerstaaten weitergibt.